

Protokoll: Russen/ Russischsprachige in Lettland

Gespräch mit Frau Renate Misevica im Sekretariat des Ministers für Integrationsangelegenheiten

Riga, 29. Mai 2006

Zu Beginn der Veranstaltung im Integrationsministerium (nachfolgend M.f.I.) ergriff die Vortragende das Wort und begrüßte die Delegation der TU Chemnitz. Leider stellte sie sich dabei nicht vor, aus dem Gespräch war jedoch in Erfahrung zu bringen, dass sie selbst der polnischen Minderheit in Lettland angehört und an der TU Chemnitz studiert; sie steht kurz vor der Abgabe der Bachelorarbeit. Auf Grund dessen ist die Veranstaltung ihrer Aussage zufolge für sie von besonderem Charakter. Die Rednerin ist in der Abteilung für nationale Minderheiten im M.f.I. mit dem Schwerpunkt Gesellschaftsintegration tätig. Einführend wurden von ihr diverse Einzelheiten und Fakten über das M.f.I. dargelegt. So ist das Ministerium 2003 gegründet worden, nachdem es vorher, lediglich mit geringen Kompetenzen bedacht, anderen Ministerien untergeordnet war. Die Gründung im Jahre 2003 vollzog sich laut der Referentin auf direkte Empfehlung der Europäischen Union.

Das M.f.I. setzt sich u. a. aus den Abteilungen für Soziale Integration, Angelegenheiten der Liven, Letten im Ausland und der Antidiskriminierungsabteilung zusammen. Die Aufgaben des Ministeriums legte die Vortragende wie folgt dar:

- Koordinierung der staatlichen Förderung
- Finanzierung von Projektwettbewerben und
- die Vorbereitung des Berichtes über die Minderheitenpolitik an den Europarat in Kooperation mit dem Außenministerium.

Die Vorgehensweise bei der Vergabe von Fördermitteln gestaltet sich wie folgt: Erst nach der formgerechten Antragstellung der potentiellen Förderkandidaten und Prüfung des Vorhabens von Seiten des Ministeriums erfolgt bei Zusage die Auszahlung der Fördermittel. Des Weiteren informierte die Mitarbeiterin des M.f.I. darüber, dass über 230 Organisationen im Ministerium eingetragen seien, unter anderem auch Organisationen, welche sich für die Belange von afrikanischen

Einwanderern einsetzen. Auf die Zwischenfrage, ob deutsche Organisationen ebenfalls anerkannt seien und gefördert würden, verwies die Rednerin auf den deutschen Dachverband mit Sitz in Liepaja, der mehrere deutschsprachige Gruppen vertrete. Auf die Frage, warum Menschen mit afroamerikanischem Migrationshintergrund nicht als Minderheit in Lettland anerkannt würden, verwies die Mitarbeiterin auf die Minderheitendefinition des Ministeriums die zwischen Migranten und Minderheiten unterscheidet: Nur Bevölkerungsgruppen, welche bei der Gründung Lettlands nach dem Ersten Weltkrieg im Land gelebt hätten (Weißrussen, Polen, Liven etc.), hätten Anspruch auf diesen Status und damit staatliche Förderung.

Eine weitere Zwischenfrage zielte auf den Umgang mit der russischsprachigen Minderheit in Lettland ab. Die Referentin antwortete ausführlich und gab den Anteil der russischen Minderheit mit 28 Prozent der Bevölkerung an. Die Situation sei jedoch recht kompliziert, da die russischsprachige Minderheit im Gegensatz zu anderen Gruppen wie Juden, Polen und Deutsche schlecht gesellschaftlich integriert wären. Pro forma wurden die Russen, die nach 1940 in Lettland sesshaft geworden waren, nach Erklärung der erneuten Unabhängigkeit 1991 keine Staatsbürger. Ihre offizielle Bezeichnung lautet „Nichtbürger des Staates Lettland“ und sie besitzen einen „Grauen Pass“. Um das Problem der Staatenlosigkeit bei Wahrung der lettischen Interessen zu lösen, wurde daher 1993 das Gesetz über die Einbürgerung erlassen. Die Kriterien für eine erfolgreiche Einbürgerung sind:

- Wohnsitz von mindestens fünf Jahren in Lettland
- ein Sprachtest zum Nachweis der lettischen Sprache sowie
- ein Geschichts- und Verfassungstest.

Trotz dieser Möglichkeit sind aber immer noch rund 20 Prozent der Bevölkerung keine Staatsbürger Lettlands. Eine Entwicklung wie in Litauen, das auch der russischsprachigen Bevölkerung die Staatsbürgerschaft verlieh, sei ausgeschlossen, so die Vortragende. Ihr Fazit zur verfahrenen Situation: „Keine Seite kann nachgeben“, da für Lettland die Bewahrung der lettischen Sprache und Kultur von hoher Wichtigkeit sei. Des Weiteren gäbe es in Bevölkerung und Politik gewisse Ängste und Vorbehalte gegenüber unloyalen Bürger und ungewünschten Tendenzen in der Politik. Daher sind Nichtbürger von den Wahlen ausgeschlossen. Auf Nachfrage ergänzte sie, dass die Motive zur Einbürgerung eher pragmatischer und wirtschaftlicher Natur wären und überwiegend von den „jungen Leuten“ wahrgenommen werden würden. Eine weitere Frage aus der Gruppe zielte auf die politische Vertretung der russischen Minderheit hin. Die Referentin wies auf eine

derzeit als Opposition im Parlament vertretene Partei hin. Befragt nach staatlichen Förderprogramm, wies die Referentin auf die Förderung der sozialen Integration in Kultur, Bildung und Politik hin, erwähnte das Minderheiten finanzielle Unterstützung erfahren und bilinguale Bildung, sowie die Sonntagsschule einen erheblichen Beitrag zur Integrierung sprachlicher und kultureller Minoritäten der Bevölkerung leiste. Konflikte ethnischer Natur wären ihr nicht bekannt, allerdings wären aktuell Fälle von Diskriminierung gegen über Angehörigen der Roma-Minderheit bekannt geworden.

Große Proteste rief allerdings das 2004 verabschiedete Bildungsgesetz hervor, das den Unterrichtsanteil in lettischer Sprache an russischen Schulen auf 60 Prozent fest schreibt. Probleme würden allerdings bei der Umsetzung auftreten, da wenig lettische Muttersprachler in den russischen Schulen zur Verfügung stünden und zudem Lehrbücher fehlen würden. Neben russischen Schulen gibt es übrigens auch polnische und deutsche Schulen in Lettland. Befragt, ob beide Bevölkerungsgruppen miteinander in Kontakt stünden, gab die Referentin zu bedenken, dass schließlich bis 1990 die gesamte Bevölkerung Russisch gesprochen hätte. Durch die immer noch weit verbreitete Bilingualität wäre die Kommunikation kein Problem. Dr. Andreas von Below, Leiter der Außenstelle Baltische Länder der Konrad-Adenauer-Stiftung ergänzte, dass seiner Erfahrung zufolge im allgemeinen keine Konflikte zwischen beiden Gruppen auftreten würden und der Konflikt politisiert wäre. Neben dem Hinweis auf die unterschiedlichen Medienräume der Gruppierungen erwähnt die hohe Prozentzahl von Mischehen die für dieses recht vernünftige Miteinander stehen würde.

Die Referentin ging daraufhin auf die Mediensituation in Lettland ein und erwähnte den Einfluss Russlands auf die russischsprachigen Medien. Zudem ergänzte sie, dass der Terminus russischsprachige Minderheit ebenfalls Ukrainer und Weißrussen umfassen würde. Prof. Dr. Neuss fragte vor dem Hintergrund der Debatte in Deutschland, ob man in Bezug auf die russischsprachige Minderheit von Parallelgesellschaften sprechen könne, was die Diskussionsleiterin bejahte. In Daugavpils würden die Russisch sprechenden Bürger mehr als 80 Prozent der Bevölkerung stellen, bedenklich wäre auch hier die sehr unausgewogene, russlandfreundliche Berichterstattung in den russischen Zeitungen und Fernsehstationen. Besonders unter den älteren Russischsprachigen könne oder wolle ein Großteil der Bevölkerung kein Lettisch sprechen. Daher sei die Vorgabe, Amtsgeschäfte nur auf Lettisch zu erledigen, nicht ohne Probleme umzusetzen. Auch das Ministerium habe dafür bisher keine unbürokratische Lösung finden können, so

die Vortragende selbstkritisch.

Auf die Frage, ob es Versuche gäbe, die Praxis der Vergabe „grauer Pässe“ abzuschaffen und die staatenlosen Letten auszubürgern, erwähnte die Referentin, dass eine rechtsradikale Partei den Vorschlag die Integration auszusetzen angemahnt hätte, eine Abstimmung sei jedoch noch nicht erfolgt. Nachdem noch Angaben zum Budget des Ministeriums folgten (ca. 150.000 EUR pro Jahr), dankte Frau Prof. Dr. Neuss der Referentin und beendete die angeregte Fragerunde mit dem Hinweis auf den nächsten kurz bevorstehenden Termin in der Deutsch-Baltischen Handelskammer.

Verfasser: Frank Fehrmann und Thomas Hartmann